

## Spaniens Geschichte

Der Kampf gegen den Franco-Putsch bewegt nach 80 Jahren noch. Seite 3



## Radieschens Kern

Die Knolle hat es in sich: Vitamine und einen Stoff gegen Tumore. Seite 10

Foto: 123rf/natika



## Obamas Abschied

Barack Obama bei Angela Merkel: Über seiner letzten Auslandsreise als US-Präsident liegt der Schatten des Nachfolgers Donald Trump. Seite 2

Foto: dpa/Simela Pantzartzi/Pool

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 17. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 269

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Rot-Rot-Grün unter Zeitdruck

Martin Kröger über das neue Berliner Regierungsbündnis

Die Bildung einer Mitte-Links-Koalition in Berlin ist eine gute Nachricht. Zumindest für alle, die auf einen Politikwechsel und mehr soziale Gerechtigkeit hoffen. Die Hoffnungen gelten natürlich zuerst der Landesebene, aber auch dem Bund, denn im Herbst 2017 wird der Bundestag gewählt. Wenn sich der Senat Anfang Dezember nach Zustimmung der Parteigremien zum Koalitionsvertrag konstituiert hat, muss er zeigen, dass eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen tatsächlich einen Unterschied macht.

In Berlin selbst hängt die Latte dafür nicht allzu hoch. Die Große Koalition in der Hauptstadt war seit 2011 vor allem von Streitigkeiten der Koalitionspartner gekennzeichnet sowie von einer immer schlechter funktionierenden Infrastruktur und grassierender Wohnungsnot.

Das Problembewusstsein für Berlins größte Schwierigkeiten ist vorhanden, das zeigen die vorliegenden Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen. Doch Probleme zu erkennen ist das eine; sie zu lösen ist das andere. Viel Zeit, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Mieten zu dämpfen, hat die mögliche neue Senatskoalition nicht. Rot-Rot-Grün muss liefern und zwar sehr schnell.

Eine wichtige Rolle bei der Lösung der Probleme fällt dabei der Linkspartei zu. Sie ist künftig für Soziales, Integration und Mieten zuständig. Das ist nicht ohne Risiko – die Sozialisten können hier ordentlich punkten oder richtig verlieren.

## UNTEN LINKS

5000 Polizisten sind in diesen Tagen für einen **Großeinsatz** in Berlin gebucht. Niemand weiß, warum. Bekannt ist, dass zur gleichen Zeit auch US-Präsident Barack Obama nach Berlin kommen sollte. Einen Zusammenhang wollten die Behörden bis nd-Redaktionsschluss aber nicht bestätigen. Nachfragen, wie überhaupt Obama 5000 Polizisten beschäftigen könnte, stießen auf befremdliches Schweigen. Der Präsident scheint zu einem riesigen Versteckspiel nach Berlin eingeladen zu sein. Fahrtrouten waren ebenso unklar wie Besuchsorte oder das Hotel zur Übernachtung. Selbst die Zahl der Polizisten blieb unbestätigt; dunkel wurde von vorgeschriebenen Ruhezeiten der Beamten gesprochen, was einen Zusammenhang mit dem Präsidentenbesuch wieder in Frage stellte, denn von einer Aufstockung der Präsidentenzahl wegen notwendiger Ruhezeiten war keine Rede. Wahrscheinlich braucht man die 5000 Polizisten, um drei Tage lang Obamas Spuren zu verwischen. uka



Foto: ddp images/nd [M]

## Drei Farben Berlin

SPD, LINKE und Grüne einigen sich auf Koalitionsvereinbarung

Berlin. Vertreter von SPD, Linkspartei und Grünen haben sich in Berlin auf die Bildung eines gemeinsamen Senats geeinigt, der die bisherige SPD-CDU-Koalition ablösen soll. Bis zum späten Mittwochnachmittag verhandelten die Delegationen; am frühen Abend wurde ein Durchbruch verkündet. Der mehr als 270 Seiten lange Koalitionsvertrag soll bis zum Freitag vorliegen. »Von Anfang an war zu spüren, dass wir gemeinsam etwas erreichen wollen«, sagte der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller.

Im Vorfeld der Pressekonferenz waren bereits die Ressortzuschnitte und Personalab-

leus des neuen Senats an Medien durchgesickert. Demnach stellen die Sozialdemokraten mit Michael Müller weiterhin den Regierenden Bürgermeister. Hinzu kommen für die SPD vier weitere Senatsposten: Finanzen, Inneres, Gesundheit und Bildung. Linkspartei und Grüne besetzen in der neuen Regierung jeweils drei Senatsverwaltungen. Die Linkspartei ist für die Bereiche Kultur, Soziales und Wohnen zuständig. Durch eine Verfassungsänderung war es 2014 möglich geworden, dass der Senat von acht auf zehn Posten aufgestockt wird.

Fast sechs Wochen hatten die drei Parteien Koalitionsverhandlungen geführt. Damit am 8.

Dezember der Regierende Bürgermeister vom Abgeordnetenhaus gewählt werden kann, müssen zuvor noch die Parteigremien zustimmen. Bei SPD und Grünen sind dazu Parteiversammlungen terminiert. Die Linkspartei will einen Mitgliederentscheid durchführen, der am 7. Dezember ausgezählt werden soll. Sollten die 7400 Mitglieder der Sozialisten zustimmen, kann die Regierungsbildung erfolgen. Im Anschluss an die Wahl des Regierenden sollen die zehn Senatoren vereidigt werden. Dann gäbe es die erste rot-rot-grüne Landesregierung in Deutschland unter Führung der SPD. mkr Seite 11

## Zu langsam auf dem richtigen Energiepfad

Studie: Erneuerbare und Erdgas lösen Kohle ab / Frankreich beim Klimaschutz weltweit führend

**Das Abkommen von Paris verpflichtet die Staaten zu mehr Klimaschutz – die Vorhaben sind bisher nicht ausreichend.**

Von Kurt Stenger

Das Zeitalter der Kohle geht nach Einschätzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) seinem Ende entgegen. »Wir sehen klare Gewinner für die nächsten 25 Jahre – Erdgas sowie besonders Wind und Sonne –, die den Champion der letzten 25 Jahre, die Kohle, ersetzen«, sagte IEA-Direktor Fatih Birol bei der Vorstellung des »Weltenergieausblicks 2016« am Mittwoch in London. Die Einrichtung des Industrieländerclubs OECD hält dies aber nicht für einen geradlinigen Prozess, die Zukunft der globalen Energie hänge vom Handeln der einzelnen Regierungen ab, so Birol.

Laut den IEA-Berechnungen ergebe sich aus bisherigen Verpflichtungen der Staaten ein

Rückgang beim Anstieg bei den energiebezogenen Treibhausgasemissionen von durchschnittlich 650 Millionen Tonnen seit 2000 auf 150 Millionen Tonnen im Jahr 2040. Dadurch werde sich die globale Durchschnittstemperatur gegenüber der vorindustriellen Zeit bis 2100 um 2,7 Grad Celsius erhöhen. Dies ist laut IEA weit davon entfernt, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Das UN-Ziel, 1,5 bis 2 Grad, sei noch erreichbar, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen in wenigen Jahren ihre Spitze erreichen.

Die globale Energienachfrage wird laut IEA nach jetzigem Stand bis 2040 um 30 Prozent steigen. Dabei werde das stärkste Wachstum bei den erneuerbaren Energien liegen, die dann einen Anteil von 37 Prozent hätten. Dann werden auch bereits 700 Millionen Elektroautos auf den Straßen unterwegs sein.

Eine große Transformation im Energiesektor erwartet auch die

Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch: »Die Voraussetzungen für eine globale Energiewende waren nie besser. Das liegt vor allem an den weiter

»Die Voraussetzungen für eine globale Energiewende waren nie besser.«

Jan Burck, Germanwatch

sinkenden Kosten der Erneuerbaren und der Effizienztechnologien«, sagt Jan Burck, Klimapolitikexperte bei Germanwatch. Seine Organisation stellte am Mittwoch beim UN-Klimagipfel in Marrakesch die zwölfte Auflage des Klimaschutz-Indexes vor, der die Anstrengungen der einzelnen Staaten in eine Hitliste umrechnet. Demnach holen Schwellenländer beim Umbau zu emissio-

nsarmer Wirtschaft auf. Positive Beispiele seien Gipfelgastgeber Marokko mit massiven Investitionen in Solarkraftwerke sowie ambitionierten mittel- und langfristigen Klimazielen (Rang 8). Auch große Schwellenländer wie Indien (Rang 20), Argentinien (36) und Brasilien (40) verbesserten sich.

Laut Germanwatch tut aber weiter kein Land genug, um das 1,5- bis 2-Grad-Limit des Paris-Abkommens einzuhalten. Daher bleiben die ersten drei Plätze unbesetzt. Frankreich ist Spitzenreiter auf Platz 4 wegen der »bemerkenswerten Führungsrolle« bei den Klimaverhandlungen in Paris 2015, gefolgt von Schweden und Großbritannien. Der frühere Index-Vorreiter Deutschland setzte seinen Abwärtstrend fort und rutschte auf Rang 29 ab. Hauptgrund ist das Festhalten an der Braunkohle, wodurch Deutschland laut Burck wahrscheinlich seine 2020-Klimaziele verfehlen wird. Kommentar Seite 4

## Türkische Soldaten stellen Asylantrag

In Ramstein stationierte NATO-Militärs geflüchtet

Kaiserslautern. Vier Monate nach dem Putschversuch in der Türkei haben mehrere türkische Soldaten aus dem NATO-Hauptquartier im pfälzischen Ramstein in Deutschland um Asyl gebeten. Eine genaue Zahl nannte der Landrat des Kreises Kaiserslautern, Paul Junker (CDU), am Mittwoch nicht. Auch von Familienangehörigen der Soldaten seien Asylanträge eingegangen. »Wir haben Asylanträge von mehr als einer türkischen Familie bekommen«, sagte Junker. Zu den Gründen der Antragsteller erklärte er nur: »Wir können es uns alle denken, aber ich sage Ihnen dazu nichts weiter.« Auch zum Aufenthaltsort der Flüchtlinge machte er keine Angaben.

Der Südwest-Rundfunk berichtete unter Berufung auf die Erste Kreisbeigeordnete des Kreises Kaiserslautern, Gudrun Heß-Schmidt (CDU), es handele sich um Soldaten, die in Kürze wieder zurück in die Türkei verlegt werden sollten. Nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli in der Türkei waren dort unter anderem auch Tausende Soldaten festgenommen worden. dpa/nd

## Russland verlässt Weltstrafgericht

Differenzen über eine Bewertung des Konflikts in der Ostukraine

Moskau. Russland widerruft wie die USA oder Israel seine Zustimmung zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Präsident Wladimir Putin ordnete am Mittwoch an, den UN-Generalsekretär davon in Kenntnis zu setzen. Grund dürfte eine Einschätzung des Strafgerichtshofs zum Ukraine-Konflikt sein. Am Montag hatte die ICC-Chefanklägerin erklärt, die russische Besetzung der Halbinsel Krim wie die Kämpfe in der Ostukraine seit 2014 deuteten auf einen bewaffneten internationalen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hin. Moskau bestreitet aber ein militärisches Eingreifen in der Ostukraine.

Derweil hat der Menschenrechtsausschuss der UN-Vollversammlung eine Resolution zur Verurteilung von Menschenrechtsverstößen auf der wieder Russland angeschlossenen Krim angenommen. Für den Text stimmten in New York 73 Länder, 23 votierten dagegen und 76 der 193 Mitgliedsländer enthielten sich. In der Resolution wird Russland dazu gedrängt, UN-Berichter auf die Halbinsel Krim zu lassen. Agenturen/nd Seite 7

## Öffentlichem Dienst fehlt Personal

Studie: Mehr als 100 000 Stellen müssten zusätzlich besetzt werden

Düsseldorf. Im öffentlichen Dienst herrscht einer Studie zufolge akuter Personalmangel. Vor allem in Kitas, Schulen, der Finanzverwaltung und bei der Polizei fehlten Arbeitskräfte, heißt es in dem Gutachten, das vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben wurde. »Um alle anstehenden Aufgaben angemessen erfüllen zu können, müsste der deutsche Staat in den kommenden Jahren mindestens 110 000 neue Fachkräfte einstellen – zusätzlich zu den rund 115 000 Stellen, die jedes Jahr aus Altersgründen neu besetzt werden müssen«, schreibt der Finanzexperte Dieter Vesper.

Bis 2009 wurden den Berechnungen zufolge im öffentlichen Dienst kontinuierlich Arbeitsplätze abgebaut. Demnach seien zwar wieder Stellen geschaffen worden, die Folgen der Schumpfung aber noch nicht überwunden. Laut der am Mittwoch veröffentlichten Studie fehlen allein in Kitas 42 000 Stellen, in der Finanzverwaltung 35 000 und bei der Polizei 15 000. dpa/nd

